Europäische Kommission

#EURoad2Sibiu

Sicherheitsunion: Ein Europa, das schützt

Mai 2019

FAHRPLAN FÜR EINE ENGER VEREINTE, STÄRKERE UND DEMOKRATISCHERE UNION

„Die Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus ist eine gemeinsame europäische Aufgabe. Wir müssen hart gegen organisierte Kriminalität wie Menschenhandel, Schleuserkriminalität und Cyberkriminalität vorgehen. Wir müssen die Korruption anpacken und Terrorismus und Radikalisierung unter Achtung der Grundrechte und -werte, einschließlich der Verfahrensrechte und des Schutzes personenbezogener Daten, bekämpfen."

Jean-Claude Juncker als Kandidat für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission, Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission, **15. Juli 2014**

Die Bürgerinnen und Bürger Europas erwarten zu Recht, dass die Union für ihre Sicherheit sorgt. Für die Juncker-Kommission hat die Sicherheit seit dem ersten Tag oberste Priorität. Wir haben entscheidende Maßnahmen ergriffen, um Terroristen handlungsunfähig zu machen, den Austausch von Informationen zwischen den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, den Schutz der Bürger im Internet und den Schutz unserer Grenzen zu verbessern.

22 Die Juncker-Kommission hat **Gesetzgebungsvorschläge** vorgelegt.

15 Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben über einige Initiativen **Einigung erzielt**.

7 Bei anderen Initiativen **steht eine Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat noch aus**

TERRORISTEN HANDLUNGSUNFÄHIG MACHEN

In den vergangenen vier Jahren hat die Kommission wegweisende Maßnahmen getroffen, um die Sicherheitsvorschriften in der EU zu verschärfen und um Terroristen den Zugang zu Geld, Waffen und Materialien, die sie für Anschläge benötigen, zu versperren.

Die neuen **Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Terrorismus** gewährleisten, dass Handlungen im Zusammenhang mit Terrorismus, wie Reisen ins Ausland zur Begehung einer terroristischen Straftat oder Rückkehr in die EU bzw. Reisen innerhalb der EU zu solchen Zwecken, terroristische Ausbildung und Terrorismusfinanzierung heute überall in Europa **unter Strafe stehen** und **hart bestraft** werden.

Die Kommission hat außerdem die Kontrollen für in legalem Besitz befindliche **Feuerwaffen** in der EU verschärft. Die neuen Regeln erschweren den legalen Erwerb von Waffen mit hoher Feuerkraft und beschränken den Zugang zu **chemischen Stoffen**, die sich für die Eigenherstellung von Explosivstoffen eignen.

Terroristen und Straftäter sind immer auf der Suche nach Schlupflöchern. Sie nutzen falsche Identitäten, führen mehrere Bankkonten – sie sind ein Sicherheitsrisiko für die gesamte EU. Das Vorgehen gegen **Terrorismusfinanzierung, Geldwäsche und Dokumentenbetrug** gehört zu den wirksamsten Mitteln, um Terroristen und Straftäter handlungsunfähig zu machen.

8 Die Juncker-Kommission hat hierzu **wichtige Gesetzgebungs-vorschläge** vorgelegt.

6 **Initiativen, über die das Europäische Parlament und der Rat Einigung erzielt haben:**

- Gesetz über die Bekämpfung des Terrorismus
- Einschränkung des Zugangs zu Feuerwaffen
- Überarbeitete Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche
- Verbesserte Sicherheit der Personalausweise
- Zugang zu Finanzinformationen im Rahmen der Strafverfolgung
- Beschränkung der Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe

2 **Initiativen, über die das Europäische Parlament und der Rat noch keine Einigung erzielt haben:**

- Europäische Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung grenzüberschreitender terroristischer Straftaten
- Verbesserung des grenzüberschreitenden Zugangs zu elektronischen Beweismitteln

INFORMATIONSAUSTAUSCH

Ein effizienter Informationsaustausch ist sowohl für die Sicherheit und das Grenzmanagement als auch für die Bekämpfung des Terrorismus von zentraler Bedeutung. Dank der Bemühungen der Kommission, für den Informationsaustausch zu werben und Wege zur praktischen Umsetzung anzubieten, hat der Informationsaustausch erheblich zugenommen, und die Mitgliedstaaten nutzen Datenbanken wie das **Schengener Informationssystem** jetzt sehr viel häufiger.

Das Schengener Informationssystem – europaweit das meistgenutzte System für den Informationsaustausch in Bezug auf Grenzschutz und Sicherheit –

enthält mehr als **82 Millionen Ausschreibungen**
(Stand: 31. Dezember 2018)

Es wurde 2018 mehr als
6,1 Milliarden Mal
konsultiert – ein Anstieg um 200 % gegenüber 2014.

Die Kommission arbeitet daran, **Informationslücken zu schließen** und die **Interaktion der Informationssysteme der Union zu ermöglichen**, damit Polizei- und Grenzschutzbehörden die richtigen Informationen zur richtigen Zeit zur Hand haben. Im Dezember 2017 schlug die Kommission neue Maßnahmen vor, um die vollständige **Interoperabilität** der EU-Informationssysteme für Sicherheit, Grenzmanagement und Migrationssteuerung zu erreichen und so den Informationsaustausch und die gemeinsame Nutzung von Daten zwischen den Systemen zu ermöglichen. Auf diese Weise werden Grenzschutz- und Polizeibeamte auf genau die Informationen zugreifen können, die sie an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit benötigen.

Die Mitgliedstaaten müssen nun dafür sorgen, dass die bestehenden Regelungen wie die 2016 angenommenen Vorschriften über **Fluggastdatensätze** vollständig umgesetzt werden. Diese Daten sind wichtig, um Hochrisikoreisende, die den Strafverfolgungsbehörden noch nicht bekannt sind, erkennen und kriminelle Netze besser verfolgen zu können.

6

Die Juncker-Kommission hat hierzu **wichtige Gesetzgebungs-vorschläge** vorgelegt.

4

Initiativen, über die das Europäische Parlament und der Rat Einigung erzielt haben:

- Stärkung des Schengener Informationssystems
- Stärkung der Agentur eu-LISA
- Verbesserung des Europäischen Strafregisterinformationssystems (ECRIS-TCN)
- Interoperabilität der EU-Informationssysteme in den Bereichen Sicherheit, Grenzschutz und Migration

2

Initiativen, über die das Europäische Parlament und der Rat noch keine Einigung erzielt haben:

- Stärkung des Visa-Informationssystems
- Überarbeitung des Eurodac-Systems

ONLINE-SCHUTZ FÜR EU-BÜRGER

Großangelegte Cyberangriffe der jüngsten Zeit auf Schlüsselinfrastrukturen weltweit haben gezeigt, dass stärker in die **Cybersicherheit** investiert werden muss. Durch eine verstärkte Abwehr gegen Cyberangriffe – mit der **Agentur für Cybersicherheit**, mit Zertifizierungssystemen für digitale Erzeugnisse und einem Abwehrplan für Großangriffe – wird die EU den neuen Herausforderungen besser begegnen können.

In den letzten beiden Jahren hat die Kommission Maßnahmen zur Bekämpfung der Radikalisierung eingeleitet – sowohl in der realen als auch in der digitalen Welt. Im **Aufklärungsnetz gegen Radikalisierung** kommen Fachleute aus allen Mitgliedstaaten zusammen, um bewährte Verfahren zu erarbeiten und sich die Kompetenzen anzueignen, die sie zur Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus benötigen. Die EU-Initiativen zur **Bekämpfung terroristischer Propaganda und der Radikalisierung im Internet** zeigen erste Ergebnisse. 2015 startete die Kommission das **EU-Internetforum**, in dem Vertreter von Regierungen, Europol, den großen IT-Unternehmen und den sozialen Medien zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass illegale Inhalte – dazu zählt auch terroristische Propaganda – schnellstmöglich vom Netz genommen werden. Im März 2018 nahm die Kommission eine Empfehlung für wirksame Maßnahmen im Umgang mit illegalen Online-Inhalten mit besonderem Schwerpunkt auf Inhalten mit Terrorismusbezug an und schlug im September 2018 Rechtsvorschriften vor, die gewährleisten sollen, dass **terroristische Inhalte innerhalb einer Stunde entfernt werden.**

5

Die Juncker-Kommission hat hierzu **wichtige Gesetzgebungs-vorschläge** vorgelegt.

3

Initiativen, über die das Europäische Parlament und der Rat Einigung erzielt haben:

- Rechtsakt zur Cybersicherheit
- Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln
- Aktualisierte Vorschriften zur Finanzierung politischer Parteien

2

Initiativen, über die das Europäische Parlament und der Rat noch keine Einigung erzielt haben:

- Entfernung terroristischer Inhalte im Internet
- Netz nationaler Koordinierungszentren für Cybersicherheit

SCHUTZ UNSERER AUSSENGRENZEN

In einem Raum der Freizügigkeit ohne Binnengrenzen müssen wir die Verantwortung für den Schutz der Außengrenzen Europas gemeinsam tragen. Wir müssen wissen, wer über unsere Grenzen kommt, und wir müssen in der Lage sein, unsere gemeinsamen Grenzen wirksam zu sichern.

Unsere gemeinsamen Grenzen sichern und wissen, wer zu uns kommt

Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache mit einer neuen bis 2027 aufzustockenden ständigen Reserve von 10 000 Grenzschutzbeamten

Niemand wird in die EU einreisen können, **ohne systematisch kontrolliert zu werden**

EUROPEAN BORDER AND COAST GUARD
FRONTEX

Die 2016 auf der Basis von Frontex gegründete **Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache** steht heute im Mittelpunkt der Bemühungen der EU, ihre Mitgliedstaaten bei der Sicherung der Außengrenzen zu unterstützen. Im März 2019 einigten sich das Europäische Parlament und der Rat auf den Vorschlag der Kommission, die Europäische Grenz- und Küstenwache weiter zu stärken und die Agentur **bis 2027 mit einer ständigen Reserve von 10 000 Grenzschutzbeamten** auszustatten, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten jederzeit die volle operative Unterstützung der EU in Anspruch nehmen können. Die Agentur wird zudem ein stärkeres Mandat für **Rückführungen** erhalten und enger mit **Drittländern** zusammenarbeiten, auch mit Ländern außerhalb der unmittelbaren Nachbarschaft der EU. Mit dieser Verstärkung erhält sie eine angemessene personelle Ausstattung, um auf die gemeinsamen Herausforderungen reagieren zu können, die Europa bei Migrationssteuerung und Grenzmanagement bewältigen muss.

Kein Reisender wird unbemerkt eine EU-Grenze übertreten können, denn die Daten aller Reisenden – sowohl von EU-Bürgern als auch von Drittstaatsangehörigen – werden nun **systematisch mit allen einschlägigen Datenbanken abgeglichen**. Des Weiteren hat die Kommission das **Schengener Informationssystem** verstärkt, um gefährliche Straftäter und Terroristen leichter aufspüren zu können, und neue Systeme wie das **Einreise-/Ausreisesystem** für bessere und wirksamere Grenzkontrollen und das **Europäische Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS)** für strengere Sicherheitskontrollen bei nicht visumpflichtigen Reisenden eingeführt.

3

Die Juncker-Kommission hat hierzu **wichtige Gesetzgebungs-vorschläge** vorgelegt.

3

Initiativen, über die das Europäische Parlament und der Rat Einigung erzielt haben:

- Einreise-/Ausreisesystem
- Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS)
- Stärkung der Europäischen Grenz- und Küstenwache

IN EUROPAS SICHERHEIT INVESTIEREN

4,8 Mrd. EUR

EU-Finanzmittel sind für die Mitgliedstaaten bei ihren Anstrengungen, ihre Bürger besser zu schützen, eine wichtige Hilfe. Seit 2014 hat die EU fast **3 Mrd. EUR** für Investitionen in die Sicherheit Europas ausgegeben – für die Sicherung unserer Grenzen, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus sowie für die Suche nach neuen Sicherheitslösungen. Für den nächsten Haushaltszeitraum (2021-2027) schlägt die Kommission eine erhebliche Aufstockung der für die Sicherheit bereitgestellten Mittel auf **4,8 Mrd. EUR** vor.

Print	ISBN 978-92-76-07047-4	doi:10.2775/5894	NA-01-19-400-DE-C
PDF	ISBN 978-92-76-07031-3	doi:10.2775/690197	NA-01-19-400-DE-N